

Sächsisch-Völkische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Verkauft täglich nachm., mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abgabe A mit 24 Bl. in Wort und Bild hierorts 1,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,50 M.; in Oesterreich 4,40 K.
Abgabe B ohne Illustrierte Beilage hierorts 1,00 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,20 M.; in Oesterreich 4,07 K. — Einzel-Nr. 10 J.

Inferate werden für farbige Zeitungs- oder Briefmarken mit 15 J. Rechnen mit 50 J die Zeile berechnet, bei Werberbetagen entsprechende Abgabe.

Verantwortlicher, Redaktion und Verlagsort:
Dresden, Wilsdruffer Straße 43. — Telefon-Nr. 1266
Für Abgabe unterlag. Schriftliche oder mündliche Bestellungen
Redaktion-Adresse: 11 bis 12 Uhr.

Erfrischend und labend!
Dredo-Eis-Drops
 1/4 Pfund 15 Pf.
Gerling & Rockstroh, Dresden.
 Niederlagen in allen Stadtteilen.

Der Streit um die Schuldentilgung.

In der Presse aller Parteien finden derzeit lebhafteste Auseinandersetzungen darüber statt, ob wir bereits zu einer wirklichen Tilgung, das heißt Heimzahlung der Schulden gelangt seien, oder ob die Schuldentilgung nur darin bestehe, daß man weniger Schulden mache, als es nach dem Staatsgebot zulässig sei. Von der einen Seite wird die Behauptung vertreten, und wir finden sie auch in Zentrumsblättern, daß man bereits zur wirklichen Schuldentilgung übergegangen sei. Es hat kürzlich sogar ein Abgeordneter die Behauptung vertreten, daß man in diesem Jahre 152 Millionen Mark Schulden tilge. Diese Behauptung ist nicht zutreffend. Denn was das Jahr 1910 betrifft, so war in diesem noch ein Anleihebetrag von 148 Millionen Mark vorhanden. Wenn man nun den Ueberschuß von 118 Millionen Mark abzieht, so bleibt immer noch ein Anleihebetrag von 30 Millionen Mark. Da aber diese Summe für werbende Anlagen der Reichspost und der Reichseisenbahnen auszugeben wird, so kann man sagen, daß das Jahr 1910 in seinem Asergebnisse ohne neue Schulden abschließt, ja daß sogar ein kleiner Rest für die tatsächliche Schuldentilgung übrig bleibt.

Für das Jahr 1911 sieht nun die Sache so, daß der Etat eine Anleihe von 97 Millionen Mark vorsieht, nachdem man alle Beträge zur Schuldentilgung vom Anleihefuß abgezogen hat. Für wirkliche werbende Anlagen der Reichspost und Reichseisenbahnen sind 35 Millionen Mark eingestellt. Diese Summe verzinst sich und wird amortisiert, sie darf also von der Anleihe in Abzug gebracht werden. Es bleiben somit noch 62 Millionen Mark übrig, die für nicht werbende Anlagen ausgenommen werden. Zieht man die 2 Millionen Mark für Arbeiterwohnungen ab, so bleiben noch rund 60 Millionen Mark übrig, die man als eine Vermehrung der Schuldentilgung bezeichnen muß. Wenn somit der Etat für das Jahr 1911 einen Ueberschuß in dieser Höhe abwerfen würde, erst dann könnte man behaupten, daß der Etat ohne wirkliche Schulden aufgestellt ist. Aber dabei wäre man zu einer Verminderung der Schuldentilgung noch nicht gekommen, diese tritt vielmehr erst dann ein, wenn das Jahr 1911 mehr als 60 Millionen Mark Ueberschuß bringt.

Die bisherigen Einnahmen lassen allerdings darauf schließen, daß ein solches Resultat erreicht wird, das somit das Jahr 1911 hinter dem günstigen Jahre 1910 nicht zurückbleiben wird. Man kann also nicht behaupten, daß Deutschland schon an die Abzahlung seiner Schulden gegangen sei, sondern man kann nur das eine sagen, es sind weit weniger Schulden gemacht worden, als man im Jahre 1909 vorausgesetzt hat. Damals unterbreitete nämlich die Regierung dem Reichstage eine Denkschrift, wonach bis zum Jahre 1913 mindestens 1000 Millionen Mark an neuen Anleihen aufzunehmen sein, wenn nur all das durchgeführt werde, was der Reichstag schon im Prinzip und in den ersten Raten genehmigt hat. Diese erschreckende Vorhersage ist nun nicht eingetreten, sondern infolge der überaus günstigen Entwicklung der Reichsfinanzen ist man im Jahre 1910 ohne jede Zinsausleihe durchgekommen. Das schlimmste Jahr ist allerdings das letzte Modjahre 1909, in dem rund 723 Millionen Mark Schulden gemacht werden mußten, um mit den traurigen Resten der Blockade auszuräumen zu können.

Die schwierige Aufgabe liegt nun in der gefundenen Aufstellung des Etats für 1912. Man muß in diesem Jahre soweit kommen, daß man einen Zufuß für nicht werbende Zwecke nicht mehr nötig hat. Der Etat wird zwar durch die Heeresverpflichtung und die Witwen- und Waisenversicherung um vielleicht 50 Millionen Mark mehr belastet, als der für 1911. Gleichzeitig fällt aber die gleich hohe Summe für Tilgung der abgebuhrten Matrularbeiträge weg. Von diesem Anleihebetrag gehen ab: 60 Millionen Mark als Tilgungsbeträge aus dem ordentlichen Etat, 25 Millionen Mark an Zinsgewinn und rund 10 bis 15 Millionen Mark an sonstigen außerordentlichen Einnahmen. Es würde somit noch ein Betrag von 60 bis 80 Millionen Mark übrig bleiben. Um diese Summe würde die Schuldentilgung anwachsen, wenn nicht auf den ordentlichen Etat eine Summe in dieser Höhe übernommen wird. Während also bisher in der Gestaltung des ordentlichen Etats das finanzpolitische Schwergewicht lag, so ist 1912 auf den außerordentlichen Etat daselbe zu werfen, damit man ohne jede Erhöhung der Schuldentilgung durchkommt. Wenn dieses 1912 schon in der Etatsaufstellung erreicht ist, dann kann man 1913 an die tatsächliche Abzahlung der Schulden gehen, das heißt dann endlich werden keine neuen Schulden mehr gemacht und es werden Staatspapiere auf dem Markte aufgelauft und verbrannt.

Die christlichen Gewerkschaften und die Konfessionen.

Auf der Generalversammlung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter zu Köln hielt gestern, am dritten Verhandlungstage, der Redakteur des „Bergknappen“, Heinrich Ambusch, einen Vortrag über die grundsätzliche Stellung des Gewerksvereins zu den politischen Parteien und zum religiösen Standpunkte. Während er im ersten Teile die Freiheit betonte, den einzelnen bürgerlichen Parteien anzugehören, ist für uns die Sozialdemokratie ausgenommen, deren Grundzüge dem Christentume wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. In Bezug auf die christliche Grundidee, auf der die christliche Gewerkschaft beruht, führt Redner folgendes aus:

„Während wir meisten Kreisen zu christlich sind, sind wir anderen nicht christlich genug. Scharf bekämpft wurde auch die Interkonfessionalität unserer Bewegung. Sie wird aus den verschiedensten Gründen als unmöglich hingestellt und soll allerlei Gefahren für den Glauben des Einzelnen im Gefolge haben. Die Praxis hat gezeigt, daß das Zusammenarbeiten der Angehörigen beider Konfessionen in der Gewerkschaft möglich ist. Bis jetzt haben sich hierbei keine religiösen Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten ereignet. Auch hat die religiöse Schwärmung des Einzelnen nicht gelitten. Im Gegenteil, wir können feststellen, daß die selbständig erzielten Erfolge auch der Christentumsfeindlichen Agitation in Versammlungen, auf der Arbeitsstelle usw. entgegenstehen. Im katholischen Lager ist man noch in letzter Zeit dem offensichtlich auf unsere Bewegung hinzielenden Verdachte Ausdruck gegeben worden, die unserer Bewegung angehörenden Katholiken ständen gar nicht mehr auf dem Boden ihrer Konfession. Die der Bewegung zu Grunde liegende Basis bedeute nichts anderes als ein von Kirche und Autorität losgelöstes Christentum. Es sei ein unbestimmtes und unbestimmbares Christentum ausgedacht, auf Grund dessen sich alle brüderlich die Hand reichen könnten. Dieser schwere Vorwurf ist ganz unberechtigt. Mit allem Ernste sei demgegenüber betont: Es ist keinem katholischen Angehörigen unserer Bewegung eingefallen, sich ein derartig verwerfliches Christentum zuzuschulden. Die unserer Bewegung angehörenden Katholiken stehen voll und ganz auf dem Boden ihrer Konfession, sie hängen fest und fest an ihrer Kirche und achten die ihnen ihrer Ansicht nach hier von Gott erteilte Autorität. Ebenso ist auch die evangelischen Mitglieder unserer Bewegung, und ganz auf dem Boden ihrer Konfession stehen. Es fällt auch keinem Angehörigen unserer Bewegung ein, seine konfessionellen Meinungen zu verleugnen oder herabzusetzen. Im Gegenteil, mit Stolz bekennt jeder seinen Glauben und lebt nach denselben. Wohl alle bei uns im Vordergrunde stehenden Angehörigen aus den katholischen Arbeiter- und Knappenvereinen an. Und mit Stolz können wir anderen Kritikern aus dem katholischen Lager sagen, daß wir darauf hinweisen, daß in den Bezirken, wo wir stark vertreten sind, die blühendsten und am weitesten wirkenden katholischen konfessionellen Arbeiter- und Knappenvereine sind. Nicht ohne auch eine Folge der tatkräftigen Mitarbeit der christlichen Gewerkschaftler. Trotzdem aber glauben manche Kreise im Zentrum Anstände ständig an unsere Bewegung heranzutragen zu müssen. Wegen der religiösen Gefahren, die sie nach ihrer Ansicht vielleicht einmal im Gefolge haben könnten. Wir müssen uns das ganz entschieden verbieten. Unsere Bewegung ist nicht gegründet worden, um die religiöse Ueberzeugung in den christlich denkenden Arbeiterkreisen zu untergraben und zu verfluchen. Im Gegenteil, sie ist gegründet, um den christlichen Arbeitern die Möglichkeit zu geben, ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten, ohne in Widerspruch zu kommen mit ihrer religiösen Ueberzeugung. Sie kämpft einen kühnen Kampf gegen die schon Millionen von Anhängern zählende christentumsfeindliche sozialistische Bewegung, um den nichtsozialdemokratischen Arbeiterkreisen auch für die Zukunft die Möglichkeit zu sichern, Arbeit und Brot zu haben, ohne sich der christentumsfeindlichen sozialdemokratischen Bewegung anschließen zu müssen. Es bedarf der Anspannung aller Kräfte, sollen wir diesen. Unter diesen Umständen sollten die Kritiker unserer Bewegung, soweit ihnen die Sache des Christentums am Herzen liegt, doppelt vorzüglich sein und ihre Stimme gegen uns nur erheben, wenn Tatsachen vorliegen, die eine Kritik geboten erscheinen lassen. Und nicht, wenn sie in ihrem Studierzimmer fern von den Kämpfen ohne die genügende lebendige Fühlung mit unserer Bewegung und ohne die unbedingt notwendige Kenntnis der Verhältnisse, eine Gefahr für die ideellen Güter für möglich halten. Wir protestieren dagegen, daß man uns immer wieder durch unbegründete Schwarzfärberei, unbedingte Kritik und Wortklaubereien unsere so notwendige Arbeit erschwert und verdübelt und vielen verleitet. Den Nutzen von der Arbeit solcher Kritiker hat doch nur die egoistische, christentumsfeindliche Bewegung. Anstatt ohne begründete Ursache zu kritisieren, sollte man mehr praktische Arbeit für unsere Sache und gegen die christentumsfeindliche leisten. Unsere Zeit fordert Taten und nicht schädliche Rörgeleien. Wir werden in Zu-

kunft an unseren bewährten Grundgeden festhalten und müssen damit Erfolge haben.“

In der Diskussion sprach Landtagsabgeordneter Brunt, sodann Reichstagsabgeordneter Behrens. Er nannte den Vortrag Ambuschs den Höhepunkt der Generalversammlung. „Woge der Vortrag“ fuhr er fort, „jedem Arbeiter in Fleisch und Blut übergehen. Ich kann auch meiner fünfjährigen Zugehörigkeit sagen: Ich habe im Verein nie etwas gefunden, was mich veranlassen könnte, mich von ihm abzuwenden. Im Gegenteil, ich bin überzeugt, daß ein evangelischer Kollege gar nicht anders kann und darf, als sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Ebenso wie vom konfessionellen, so haben wir uns vom politischen Standpunkte aus stets gegenseitig geachtet. Die politische Neutralität des Vereins wirkt direkt ergebend für die Beurteilung unseres gesamten politischen Lebens, sie bewahrt vor Einseitigkeit. Ich schließe mit der Mahnung an alle evangelischen Arbeiter: Bleibt in der christlichen Arbeiterbewegung! Kameraden, wir wollen uns nicht trennen lassen.“

Es war diese Debatte über den religiösen Standpunkt der christlichen Gewerkschaften von uns so großer Notwendigkeit, als in weiten Kreisen die Meinung aufgetaucht ist, daß katholische Arbeiter in ihrer religiösen Ueberzeugung durch die christlichen Gewerkschaften allmählich erschüttert werden. Das öffentliche katholische Bekenntnis auf der Versammlung wird daher mit großer Begeisterung erfolgen.

Politische Rundschau.

Dresden, den 14. Juli 1911.

Ein Reichspetroleummonopol? Dem in nächster Jahre gesehenswerdenden Reichstage dürfte, wie dem „P. T.“ von untrübeter Seite mitgeteilt wird, vom Bundesrat der Entwurf eines Petroleummonopols vorgelegt werden. Der Kampf zwischen dem amerikanischen und österreichischen Petroleum hat im letzten Jahre Formen angenommen, die die Reichsregierung zwingen, einzuschreiten. Die ununterbrochene Preisunterbietung der Rockefellergruppe bringt die Gefahr mit sich, daß sich die österreichischen Raffinerie ganz vom deutschen Markt zurückziehen und den Amerikanern das Feld überlassen. Wenn die Amerikaner diese letzte Konkurrenz beibehalten haben, werden sie ungewollt dem deutschen Monopol die Preise diktieren. Um den dem deutschen Nationalvermögen drohenden Schädigungen zu begegnen, soll ein Reichs-Petroleummonopol vorgebracht werden.

Selgoland als fertige Mäntelpelle. 21 Jahre sind verstrichen, seitdem der Mutter Selgoland von England gegen ein erhebliches Teil von Ostafrika zurückerwartet. Man hat damals und leither diesen Vertrag oft als eine Schlappe Deutschlands bezeichnet. Heute muß jedermann sagen, daß es eine der besten Taten unserer Väter war, daß er den europäischen Welt vor der Eibe- und Helminthinaut auf Deutschland brachte. Heute hat Selgoland für uns eine hohe Bedeutung, daß wir es von England nicht bekommen würden, wenn wir auch unsere hantlichen afrikanischen Kolonien dafür zahlen. In diesem Monate nämlich wird Selgoland zur selbständigen Fortifikation erhoben. Die mit den modernsten Mitteln ausgeföhrte Straßenverbefestigung ist im allgemeinen folgende: Die Seearme von Selgoland betragen einen Kreis von 15 bis 20 Kilometern. Die Insel selbst ist so gestaltet, daß sie dem bereinigten Feuer einer fremden Flotte standhalten würde. Der auf Selgoland angedachte Hafen umfaßt jede heimliche Flotte, so weit von unten wie oben einströmen zu können, daß eine Flotte kaum durchführbar ist. Selgoland ist uns heute mehr wert, als zwei der modernsten Schiffe der Aricausdächler. Wir sind zur See vollständig so gerüstet, daß jedem Seiner das Risiko eines Angriffes zu groß ist. Und das genügt.

Deutsche Impartier im Auslande. Die „Germania“ schreibt: „Daß die Partal im Deutschen Reich und nach außen hin noch nicht recht wird, dafür seien einige Fälle angeführt. Sie wir einer Missionarzeitung entnehmen, erhält die protestantische Missionarzeitung in Jarmville (Frankreich) von der deutschen Reichsregierung einen jährlichen Zuschuß von 3000 Mark, während die dort bestehende katholische Mission nichts erhält. Wie die „st. st. Mission“ in Belgien, E. 20 berichtet, ist aus der in den Missionen geborenen Anteil Teil der deutschen Missionen gegen der Missionarzeitung in den deutschen Regierungskreisen unterlag, obwohl der größte Teil der wider katholisch ist. Der deutsche Regierungsinhaber ist protestant. Die Tatsache, daß nach in Rom eine deutsche protestantische Kirche eröffnet wurde, erinnert daran, daß bei der deutschen Wissenschaft in Rom noch immer ein protestantischer Prediger angestellt ist. Jetzt, wo eine deutsche protestantische Kirche dort eröffnet ist, ist nicht der mindeste Grund vorhanden, daß das protestantische Deutsche Reich noch einen Prediger befolde.“

Der soziale Bischof Metteler wird nunmehr von der sozialdemokratischen Presse gegen das Zentrum ausgetrieben. Man sieht aus Mettelers Schriften Forderungen zusammenzustellen, die bis heute durch die Regierung nicht erfüllt sind und knüpft daran in dieser Presse den Vorwurf, daß das Zentrum schuldig sei, wenn diese Forderungen nicht durchgeführt seien. Das ist ein geradezu lächerliches Unterfangen. Das Zentrum hat sich seit den Tagen Mettelers